

In der Schweiz als Bundesrat oft frustriert, trumpft er als Präsident der Uno-Vollversammlung auf. SonntagsBlick besuchte Joseph Deiss diese Woche in New York und traf einen glücklichen Politiker auf dem Höhepunkt seiner Karriere – weit weg von den Niederungen der Schweizer Innenpolitik.

VON MARCEL ODERMATT (TEXT), KARL-HEINZ HUG (FOTOS)

Dieser Mann scheint zum Schluss seiner politischen Karriere doch noch am Ziel angekommen zu sein. Diesen Eindruck bekommt, wer den 65-Jährigen dieser Tage in New York antrifft. Der alt Bundesrat amtiert seit letzten September für ein Jahr als Präsident der Uno-Vollversammlung, des Weltparlaments.

Der vorsichtig agierende, eher farblose CVP-Politiker fühlte sich in seiner Heimat oft unverstanden. In der Regierung rieb er sich mit Christoph Blocher, nervte sich über die immer stärker werdende SVP und trat 2006 als Volkswirtschaftsminister enttäuscht zurück. Für den Uno-Topjob scheint der diplomatische, konziliante und immer den Ausgleich suchende Deiss dagegen wie geschaffen zu sein.

Sichtlich gerührt, staatsmännisch und in bester Stimmung steht er da, als am Donnerstagmittag, um 11.30 Uhr, beim Hauptsitz der Vereinigten Nationen am East River die Flagge des jüngsten Uno-Mitglieds Südsudan feierlich gehisst wird. Neben dem Freiburger: sein Kollege, der südkoreanische Top-Diplomat, Weltpolitiker und Uno-Generalsekretär Ban Ki Moon (67).

In seiner Ansprache erinnert Deiss stolz daran, dass er hier auch vor neun Jahren dabei war, als die Schweiz ihr rot-weisses Emblem zum ersten Mal aufziehen liess. Was er nicht erwähnt: Deiss war damals als Aussenminister die treibende Kraft hinter dem Beitritt der Schweiz zur Uno.

Heute hat sich unser kleines Land im Völkerverbund längst etabliert, zumindest finanziell. Mit Beitragszahlungen von jährlich 124 Millionen Dollar rangiert die Eidgenossenschaft bereits auf Rang 16 der wichtigsten Uno-Geldgeber. Doch Deiss versteht sich nicht als Repräsentant seines Landes. «Ich bin der Präsident aller Mitglied-



Joseph Deiss, Präsident der Uno-Vollversammlung, in einem offenen Gespräch mit SonntagsBlick in New York

Endlich angekommen

staaten», sagt er um 7 Uhr morgens zu SonntagsBlick, auf seinem morgendlichen 30-minütigen Fussmarsch von seinem Zweizimmer-Apartment am Central Park durch die lärmigen und stickigen Strassenschluchten Manhattans zum Uno-Hauptsitz. Begleitet wird er dabei von seinem Leibwächter, den die Uno für ihn abkommandiert hat. Der Pakistani Afrasiyab Mirza (40) weicht den ganzen Tag nicht von der Seite seines Chefs.

Deiss will in Form bleiben. Denn das Amt verlangt ihm einiges ab. Obwohl auch einer seiner 21 Vizepräsidenten die Sitzungen leiten könnte, macht Deiss in seinem Jahr das meiste selber. Bei mehr als 90

von knapp 110 Versammlungen führte der mit «His Excellency» angesprochene Deiss persönlich den Vorsitz. Viel Zeit für anderes blieb da nicht. Gerade ein Mal reichte es dem Kunstliebhaber, eine Aufführung in der Metropolitan Opera zu besuchen.

Auch an diesem Donnerstag leitet er die Uno-Vollversammlung, welche über die Aufnahme Südsudans diskutiert und abstimmt. Wiederum von Ban Ki Moon flankiert, führt der sprachgewandte Freiburger auf Französisch durch das Meeting. Per Hammerschlag erklärt Deiss schliesslich die Aufnahme des durch einen jahrzehntelangen Bürgerkrieg gebeutelten afrikanischen

Landes. Lächelnd nimmt er den Applaus der Ländervertreter im riesigen Plenum des Saals entgegen. Seine Macht ist jedoch beschränkt. Im Gegensatz zum Nationalratspräsidenten ist der Präsident der Uno-Generalversammlung nicht stimmberechtigt. Das Sagen haben die Vertreter der Mitgliedstaaten. Jedes Land hat eine Stimme.

«Nice Deiss», wie man ihn in Bundesbern etwas verächtlich nannte, ist in seinem Element. Seine Zufriedenheit ist förmlich spürbar, die Uno seine perfekte Bühne. Schon als Schweizer Aussenminister waren seine Auftritte auf internationalem Parkett sicherer als jene in den Niederungen

des Schweizer Politik-Alltags. Hände schütteln da, einige aufmunternde Sätze und Smalltalk dort – die Vertreter des Südsudans fühlen sich in Gesellschaft des Schweizer Kosmopoliten sichtlich wohl. Klar ist: Kein Ort der Welt ist weiter entfernt von der durch Deiss immer bekämpften Blocher-Schweiz, die auf den Alleingang pocht, als der Mikrokosmos der Vereinigten Nationen in der multikulturellen Metropole New York.

Doch bald heisst es für Deiss wieder Koffer packen. Im September läuft seine Amtszeit ab. Wenig überraschend kommt für ihn ein Comeback in der Schweizer Politik nicht mehr in Frage. Auch im kom-

menden Nationalratswahlkampf will er sich nicht engagieren – auch nicht für seine Partei CVP, die im Moment arg im Gegenwind steht. Er wisse im Gegensatz zu anderen, wann es genug sei, platziert er einen Seitenhieb gegen den sechs Jahre älteren Blocher, der im Dezember wieder im Parlament sitzen dürfte.

Dafür will der Wirtschaftsprofessor wieder Vorlesungen an seiner Universität Freiburg halten. Und wird er seine Erfahrungen und Erlebnisse in New York verwerten? «Lassen Sie sich doch überraschen», sagt er zum Abschied und eilt mit seinem Bodyguard zum nächsten Termin. ●

Donnerstag, 14. Juli, 7.03 Uhr, Park Avenue, New York: Joseph Deiss ist auf dem Weg in sein Büro am Uno-Hauptsitz. Der Bodyguard ist stets zwei Schritte hinter ihm.





«Wenn ich jemandem die Hand nicht schütteln will, dann mache ich das nicht»



Uno-Präsident Joseph Deiss (65) erklärt, wie er Leben in die Vereinten Nationen gebracht hat.

INTERVIEW: MARCEL ODERMATT
FOTOS: KARL-HEINZ HUG

Herr Deiss, im September ist Ihr Jahr als Präsident der Uno-Generalversammlung Geschichte. Sie trafen hier in New York und auf Ihren Reisen viele Mächtige der Weltpolitik – darunter auch Despoten, die ihr Volk quälen. War es schwierig, Vertreter dieser Regimes zu hofieren und ihnen die Hand zu schütteln?

Joseph Deiss Ich habe solche Leute nie hofiert. Das kommt nicht in Frage!

Aber Despoten – beispielsweise aus Syrien, Ägypten oder Libyen – sind auch Mitglieder der Uno, die Sie präsidieren.

Natürlich muss ich als Präsident allen das Wort erteilen. Ich gebe ihnen keine Namen – aber wenn ich jemandem die Hand nicht schütteln will, dann mache ich das nicht.

Können Sie das illustrieren?

Ich war Ende Februar in Genf bei der Eröffnung der Sitzung des Menschenrechtsrats. Damals habe ich im Fall Libyen Klartext gesprochen: Ich erklärte, dass wir diesem perversen Regime sagen müssen, dass es zu Ende ist, dass sie abtreten sollen und Rechenschaft ablegen müssen. Wenige Tag darauf haben wir in New York Libyen vom Menschenrechtsrat suspendiert. Ich schloss die Sitzung mit den Worten: Heute bin ich stolz, Präsident der Generalversammlung zu sein.

Libyen wurde suspendiert. Aber was ist mit anderen Ländern? Diktatoren und autokratische Herrscher sind in vielen Staaten an der Macht. Ist es nicht frustrierend für einen Ex-Bundesrat, eine Versammlung vieler Anti-Demokraten zu leiten?

Es ist viel wichtiger, dass sie alle da sind. Dann müssen sie auch hören, was andere zu sagen haben. Zudem muss man sehr vorsichtig sein, wenn man die anderen beurteilt. Ich höre in der Schweiz manchmal auch Dinge, die mir die verbleibenden Haare zu Berge stehen lassen. Diesen Winter hiess es, dass all jene, die nicht stimmen wie die SVP, ihr Bürgerrecht nicht mehr verdienen und nicht mehr als Schweizer Bürger gelten.

Sie sprechen auf den SVP-Slogan «Schweizer wählen SVP» an. Davon kann man halten, was

man will – und diese Partei wählen oder nicht. Aber gefoltert oder gequält wird in der Schweiz niemand.

Was ich meine, ist, dass auch bei uns die Demokratie immer wieder neu errungen werden muss und keine Selbstverständlichkeit ist. Ich habe gelernt, anderen Ländern keine Lektion zu erteilen, sondern sie zu fördern, zu ermutigen und wenn nötig auch zu kritisieren.

Ist das nicht das Problem vieler Länder der Uno? Demokratie und Einhaltung der Menschenrechte sind quasi Zugaben und nicht Voraussetzungen.

Die Ausgangslage und Aufgabe ist in vielen Ländern schwieriger als bei uns. Nehmen wir das Beispiel Südsudan, den wir diese Woche als 193. Land aufgenommen haben. Die kommen aus einem Bürgerkrieg mit drei Millionen Toten. Jetzt hat man endlich eine Lösung gefunden. Sie müssen nun ihre Institutionen schaffen und Wahlen durchführen. Dass da nicht alles auf Anhieb klappt, ist zu erwarten.

Sie waren letzte Woche bei der Staatsgründung in Juba dabei.

Es war sehr eindrücklich. Ich konnte als erster ausländischer Redner nach dem Präsidenten von Kenia das Wort ergreifen. Und das vor 150 000 Menschen, die nach jedem zweiten Satz gejubelt haben. Eine ausgelassene Stimmung, und das bei über 40 Grad Hitze.

Was hat Sie sonst in Ihrem Amtsjahr am meisten beeindruckt?

Dass sie alle da sind. Das erbaut mich jedes Mal, wenn ich die Versammlung präsidiere. Auch die, die wir nicht so gerne haben oder kritisieren. Aber sie kommen. Manche nennen die Uno eine «Schwatzbude». Das perlt an mir ab.

Was ist Ihr Vermächtnis als Präsident?

Ich hinterlasse eine dynamischere, etwas spontanere Uno-Generalversammlung. Ich kann heute ein ständiges Mitglied der Uno in einer Sitzung unterbrechen.

Wie machen Sie das?

Ich bitte die Redner, nicht einfach ihren Text herunterzulesen. Den können sie uns geben, damit das ganze Statement deponiert ist. Sie sollen auch auf Fragen im Plenum antworten. So haben wir Leben in die Sitzungen gebracht.



Im September heisst für Joseph Deiss die Zelte in New York und bei der Uno abbrechen.

Und thematisch?

In den Annalen wird bleiben, dass wir die G-20 der Uno nähergebracht haben. Es gibt heute informelle Treffen zwischen dem Präsidialland der G-20 und der Vollversammlung der Uno. Dieses Jahr gab es schon drei Treffen zwischen Frankreich und der Uno. Die Mexikaner, die nächstes Jahr an der Spitze der G-20 sind, wollen das weiterführen.

Was gab es sonst für Erfolge?

Wichtig ist auch das Budget für die Friedenstruppen, das wir im letzten Moment noch unter Dach gebracht haben.

Weshalb?

Das ist der grösste Posten des Haushalts der Uno, total etwa acht Milliarden Dollar. Es gab bis am 30. Juni keine Einigung. Ich habe das Dossier dann an mich gerissen und während drei Tagen verhandelt, davon eine ganze Nacht. Die Vertreter waren in meinem Büro. Um vier Uhr morgens sagte ich: Ich lasse euch nicht mehr raus, bis wir eine Lösung haben. Es war wichtig, dass das Budget fristgerecht am 1. Juli von der Generalversammlung genehmigt werden konnte.

Was war der Grund für die Probleme?

Ein Uno-Soldat bekommt 1000 Dollar pro Monat. In den ärmeren Ländern ist das viel, in der Schweiz müsste man dazuzahlen. Doch vielen Ländern reicht das auch nicht mehr. Sie wollten mehr. Deshalb war es schwierig, eine Einigung zu finden.

Von den acht Milliarden zahlt die Schweiz 100 Millionen. Wir zahlen, die armen Länder schicken Soldaten, die ihr Leben für Uno-

Missionen riskieren.

Sehr fortschrittlich ist das nicht. Das ist doch eine sinnvolle Arbeitsteilung. Ich hatte letzte Woche eine Sitzung mit 133 vor allem Entwicklungs- und Schwellenländern. Sie stellen 90 Prozent der Uno-Soldaten. Die industrialisierten Länder hätten Probleme, diese Soldaten für die Friedenseinsätze der Uno zu finden. Hingegen übernehmen diese Staaten 90 Prozent der Kosten. Ich finde das überhaupt nicht problematisch. Als Ökonom habe ich immer gesagt: Die beste Lösung ist, wenn jeder das bringt, was er am einfachsten und besten kann.

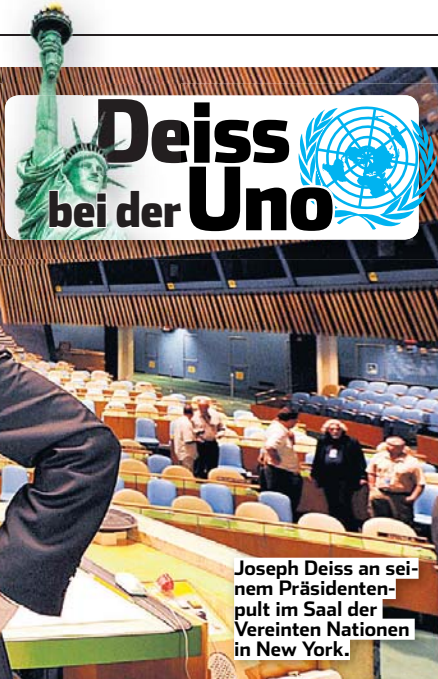
Die Schweiz ist nach neun Jahren bereits die sechzehntgrösste Beitragszahlerin der Uno. Die Summe stieg von 24 Millionen Dollar im Jahr 2002 auf 124 Millionen im letzten Jahr. Bringt mehr Geld auch mehr Gewicht?

Ich glaube, das Gewicht ist nicht abhängig vom Geld. Der Beitrag ist eine Frage der wirtschaftlichen Möglichkeiten. Die neuen aufstrebenden Länder sind nicht bereit, mehr zu bezahlen. Das wird sich noch ändern. Entscheidend für die Schweiz ist das Stimmrecht. Deshalb werden wir auch ernst genommen. Als Bundesrat lobbyierte ich für den Uno-Standort Genf. Damals hiess es oft: Wir unterstützen euch, aber wir erwarten, dass ihr uns dann auch helft. Wir mussten immer sagen: Wir können nicht stimmen. Das ist heute anders.

Konnte sich die Schweiz nebst Geld auch konkret einbringen?

Aber sicher! Wir haben in den letzten Jahren Entscheidendes geleistet. Wir waren wichtig bei der Ent-

Fremden Angst einjagen ist einfach



Joseph Deiss an seinem Präsidentenpult im Saal der Vereinten Nationen in New York.

Fortsetzung von Seite 23
stehung des Menschenrechtsrats. Mein Ziel war es zu zeigen, dass der Schweiz nichts passiert, auch wenn sie den Uno-Präsidenten stellt. Niemand in der Schweiz – ausser der SVP-Zeitung «Schweizerzeit» – war der Meinung, mein Mandat könnte die Neutralität gefährden.

Wirklich das Sagen in der Uno haben immer noch die fünf Siegermächte des Zweiten Weltkriegs mit ihrem Vetorecht. Sie haben dem Vernehmen nach eine Gruppe gegründet, die Varianten diskutiert, wie das geändert werden könnte. Wie weit ist sie?

Ich habe alle Vetostaaten persönlich besucht. An diesem Thema wird seit 18 Jahren gearbeitet. Es wäre vermessen zu glauben, ich könnte das in einem Jahr erledigen. Alle sind sich einig: Der Sicherheitsrat entspricht nicht mehr den heutigen Realitäten. Aber wie soll man das ändern? Es gibt verschiedene Vorschläge. Weil die Diskussionen blockiert sind, habe ich selber eine Gruppe lanciert. Die letzte Sitzung war am Freitag. Auch die wichtigsten Länder wie die USA machen mit. Ziel ist es, mit dieser Gruppe konkrete Verhandlungen auszulösen. Ob ich es noch in meiner Amtszeit schaffe, ist offen.

Wird der Einfluss der Uno nicht überschätzt? Das wichtigste weltpolitische Ereignis in Ihrem Amtsjahr war der Arabische Frühling. Die Uno spielte keine grosse Rolle. Was ist Ihre Erklärung?

Nein, für die Uno war das eine sehr erfolgreiche Zeit. Sie ist nicht dazu da, die Souveränität ihrer Mitglieder zu beschneiden, sondern ihre Souveränität zu schützen. Es ist eine schwierige Frage: Bis wohin ist es eine Frage des Schutzes der Souveränität – und ab wann müssen die Menschen geschützt werden?

Der Fall Libyen war für die Uno zentral. Zum ersten Mal sagte der Uno-Sicherheitsrat: «Die Bevölkerung muss vor ihrer eigenen Regierung geschützt werden, hier muss man intervenieren.»

Auch die Schweiz sorgt international für Schlagzeilen – Minarett-Initiative, Ausschaffungsinitiative. Werden diese Volksbegehren, die nach Ansicht vieler mit dem Völkerrecht nicht vereinbar sind, hier wahrgenommen?

Schon. Aber ich habe deshalb kein Problem bei der Uno. Seit meiner Kindheit bin ich davon überzeugt, dass wir – auch was die Menschenrechte anbelangt – ein Beispiel sind. Aber wenn wir beginnen, an unseren Grundrechten zu nörgeln und zu kratzen, dann stellen wir unsere eigenen Grundlagen in Frage. Die Schweiz ist ein Land, wo jeder seine Religion ausüben kann. An den fundamentalen Grundrechten sollten wir nicht rütteln.

Ihre Ansprache vom Dezember im Nationalrat wurde von der SVP demonstrativ geschwänzt oder die Anwesenden hörten nicht zu. Hat Sie das beleidigt?

Nein, diese Partei stellte sich damit selber ein Armutszeugnis aus. Daran kann ich sie nicht hindern.

Die SVP könnte im Herbst auf 30 Prozent kommen. Die Wähler der Rechtspartei lehnen eine weitere Öffnung der Schweiz ab. Was ist Ihre Erklärung?

Das Argument dieser Leute ist meistens die Souveränität. Jetzt stelle ich Ihnen eine Frage: Wie souverän hat die Schweiz ausgesehen, als sie das Bankgeheimnis aufgab?

Sie reagierte auf Druck des Auslands.

Genau. Dies ist das Resultat, das diejenigen produzieren, die blindlings glauben, wir müssten uns abkapseln, verbarrikadieren und die Grenzen schliessen. Die zweite Frage: Welches Land hat eine der geringsten Arbeitslosigkeiten?

Die Schweiz.

Richtig. Mein Argument bei der Personenfreizügigkeit war folgendes: Wenn wir die Quote so tief halten wollen wie möglich, dann müssen wir die Freizügigkeit haben. Denn sonst gehen die Unternehmen dorthin, wo sie Arbeitskräfte finden. Das ist so eingetroffen.

Trotzdem: Warum sind die Schweizer so skeptisch?

Es ist die einfachere Logik, die Gassenlogik. Ausländische Arbeiter nehmen den Schweizern die Jobs weg. Aber das ist eben falsch. Das gilt auch für Schengen. Die Gassenlogik behauptet auch, es gebe mehr Kriminalität wegen des Abkommens. Dabei möchte ich wissen, wo wir heute stünden, wenn wir den Zugang zum Informationssystem von Schengen nicht hätten. Ich sage es Ihnen: Es wäre schlimmer.

Ihre Partei, die CVP, ist auf der Verliererstrasse. Was läuft falsch?

Sie wurde gegründet als Hort für die Katholiken. Sie ist entstanden nach einem Bürgerkrieg. Ihr Ziel war, die Katholiken in der Schweiz zu integrieren. Diesen Auftrag hat die CVP mit Erfolg erfüllt.

Dann braucht es die CVP gar nicht mehr?

Ich bin immer noch ein CVP-Vollblutpolitiker. So erfolglos ist die Partei nicht: Sie gewinnt immer noch die meisten Abstimmungen. Aber das Verbindende ist heute

nicht mehr der Katholizismus, sondern christliche Werte.

Bundesrat oder Uno-Präsident: Was ist anstrengender?

Beides habe ich gerne gemacht. Ich habe in beiden Fällen 150 oder 200 Prozent gegeben. Der Druck der Medien auf einen Bundesrat ist grösser. Dafür ist die Vielfalt bei der Uno anspruchsvoll. Bei 193 Nationen muss man diplomatisch sein. Aber das liegt mir. Ich hatte den Pausch in beiden Ämtern.

Als Uno-Präsident erhielten Sie keinen Lohn. Dafür stellte Ihnen der Bund ein Spesenbudget von 240 000 Franken für Ihr Amtsjahr zur Verfügung. Haben Sie es ausgeschöpft?

Nicht ganz. Wir liegen auf jeden Fall im Budget. Dass ich die Reisen und die Wohnung nicht selber bezahle, finde ich legitim. Trotzdem wurde – das letzte Mal von der «Weltwoche» – immer wieder behauptet, ich würde vom Bund einen Lohn bekommen. Es ist eine Schande für den Journalismus, dass Sachen, die falsch sind, wissentlich immer wieder abgeschrieben und abgedruckt werden.

Was machen Sie nach Ihrer Rückkehr in die Schweiz?

Ich freue mich wieder, etwas mehr Zeit für die Familie zu haben. Im Moment skype ich jeden Morgen. Ich werde an der Universität Freiburg eine Vorlesung halten. Zudem habe ich mit einem Kollegen ein Buch über Wirtschaftspolitik verfasst, das bald publiziert wird.

Sie sind 65 Jahre alt. Bisher haben Sie auf Ihre Bundesratspension verzichtet. Und jetzt?

Die Bundesratspension beziehe ich auch weiterhin nicht. ●